

mit Schirmgitterröhre (Verstärkungsziffer 100 – 150), batteriegeheizte Röhren, Antennenabstimmung, Antennenkopplung, Audion mit besonderem Anodenabgriff, Hochfrequenz- und Endröhre gemeinsam bis zu 200 Volt Anodenspannung. Ein derartiges Gerät ist stabil und an guter Hoch- oder Zimmerantenne außerordentlich leistungsfähig. Beginnt der Radiohörer den Betrieb mit einer Anodenbatterie von 100 Volt, so wird er genügende Lautstärke und mindestens ein Dutzend Sender gut im Lautsprecher haben. Wird ihm dann später die Erneuerung der Anodenbatterie zuviel, oder will er seine Endröhre voll aussteuern, so wird die ihm in der Anschaffung gewährte Atempause geeignet sein, ihn zum Kauf einer guten Neßanode bestimmen zu können. Damit ist dann seine Empfangseinrichtung vollständig, und die Anzahl der im Lautsprecher erscheinenden Sender wird sich bei noch besserer Klangreinheit und größerer Lautstärke

ungefähr verdoppeln. Die mit der Neßanode verbundene Ladeeinrichtung gestattet außerdem die Aufladung der Heizbatterie im eigenen Heim.

Dem nach Nebenartikeln suchenden Uhrmacher kann man nur sehr raten, sich dem Radiogeschäft ernstlich zu widmen. Einige erste Winke habe ich vorstehend gegeben. Fernempfänger der geschilderten Art sind käuflich; die Fabrikanten sind im allgemeinen auch hinsichtlich der Zahlungsweise sehr zuvorkommend, der Rabatt für Händler beträgt meistens $LW^{1/3} \%$, und hauptsächlich: der Absatz ist ein sehr viel leichter als der in Uhren! Ein Radiogerät wird als ein Gebrauchsgegenstand angesehen, den man sich meistens dringend wünscht, für den man die Kauflust nicht erst zu wecken braucht. Versucht man es, ohne anfangs viel Kapital hineinzustecken, so wird man bald merken, daß man doch noch verkaufen kann. (V/91)
Oberingenieur F. Thiesen.

Verschiedenes

Mitteilung des Schutzverbandes „Präzision Glashütte“, Halle (Saale), Königstraße 84. Einige Genossen, die dem Vergleich beigetreten sind, haben nach den Feststellungen ihre Verpflichtung noch nicht voll erfüllt. An diese Genossen ergeht hiermit die letzte Aufforderung, zur Vermeidung erheblicher Nachteile das Versäumte sofort nachzuholen.

Für Genossen, die dem Vergleich überhaupt noch nicht beigetreten sind, weil sie nicht in der Lage waren, die Vergleichssumme bis 31. März 1930 zu zahlen, werden wir uns bemühen, die Zulassung zum Vergleichsbeitritt noch zu erreichen, wenn Zahlung der Vergleichssumme sofort nach Ostern erfolgt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein recht erheblicher Unterschied zwischen Vergleichssumme und Anspruch des Konkursverwalters außerhalb des Vergleichs besteht. Nach dem Vergleich zahlt die Girozentrale 25% des Anspruchs an die Konkursmasse, und außerdem zahlt sie die Zinsen seit Juni 1925 auf Anteil, was beides sonst der Genosse zu zahlen hätte.

Eine Reihe von Genossen sind seinerzeit erfolglos gepfändet worden; solche Genossen müssen damit rechnen, daß mit der Forderung nochmals an sie herangetreten, eventuell auch der Offenbarungseid verlangt wird.

Die Zahlungen der Vergleichssumme haben an den Konkursverwalter, Dresden-A., Pirnaische Straße 33, Postscheckkonto Bernhard Canzler, Amt Dresden 14591, zu erfolgen. (VI 1/560)

Der Württembergische Wirtschaftsminister in Schwenningen. Es kann den Lesern der UHRMACHERKUNST nicht gleichgültig sein, wie es gegenwärtig in Schwenningen mit der Industrie bestellt ist. Über den gewaltigen Aufschwung, den diese Stadt während der letzten Jahrzehnte gemacht hat, ist des öfteren hier gesprochen worden . . ., daß in dieser Entwicklung einmal eine Stockung eintreten mußte, war vorauszusehen, und so kann man heute schon von einer Industriekrise in Schwenningen sprechen, zu der bereits das Württembergische Wirtschaftsministerium Stellung genommen hat.

Auf Anregung des Herrn Dr. Mauthe (Schwenningen) waren kürzlich als Vertreter des Württembergischen Wirtschaftsministeriums die Herren Wirtschaftsminister Dr. Maier und Regierungsrat Dr. Schiller in Schwenningen, um einige Industriebetriebe zu besichtigen. Bei einer Zusammenkunft im „Rögle“ begrüßte der stellvertretende Stadtvorstand Fleig (Schwenningen steht vor der Neuwahl eines Oberbürgermeisters, da der seitherige, Herr Lang von Langen, nach Eßlingen gewählt wurde) die beiden Herren. Er meinte unter anderem, daß die große Entfernung Schwenningens von Stuttgart den Schwenningern nachteilig sei und daß bei mancher maßgebenden Stelle in der Hauptstadt des Landes die hiesigen Verhältnisse nicht genügend bekannt seien.

Einen Überblick über die Entwicklung Schwenningens gebend, betonte der Redner, daß die Stadt heute trotz ihrer ungünstigen Lage an einer Nebenbahn an elfter Stelle der württembergischen Städte stehe. In den letzten fünf Jahren seien 826 Wohnungen erstellt worden. 60% der in Schwenningen erzeugten Güter wanderten ins Ausland, und daher sei die Schwenninger Industrie an günstigen Handelsverträgen sehr interessiert. Bei den hohen Zollsätzen der verschiedenen Staaten

und der Konkurrenzfabrikation des Auslandes sei die wirtschaftliche Lage seit Jahresfrist denkbar schlecht. Das Vorhandensein von 1000 Arbeitslosen und 8000 – 10000 Kurzarbeitern ergebe einen wöchentlichen Lohnausfall von 130000 RM und wirke naturgemäß auf Hausbesitz, Geschäftsleben und Fürsorgebelastung zurück. Die Fürsorge habe im letzten Jahre 120000 RM aufgezehrt, das seien 4% der Umlage. Wie diesen frostlosen Zuständen abgeholfen werden könne? Durch verständnisvolles Zusammenwirken von Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit Unterstützung der Reichs- und Staatsregierung.

Herr Wirtschaftsminister Dr. Maier erwiderte: Die Stadt Schwenningen sei bei dem strebsamen Geist, der Intelligenz und Arbeitskraft ihrer Einwohner ein Stolz für das Land Württemberg. Im Landtage habe der Abgeordnete des Schwenninger Bezirks, Herr Dr. Mauthe, die Notwendigkeit ausgesprochen, daß der Wirtschaftsminister die wirtschaftliche Struktur am Ort der Produktionsstätten kennenlerne, um, mit dieser persönlichen Kenntnis der Verhältnisse und der Bedingungen ausgestattet, sich bei den Reichs- und Landesbehörden immer wieder für die besonderen handels- und finanzpolitischen Bedürfnisse der württembergischen Industrie und insbesondere für die Bedürfnisse der heimischen Spezialindustrie einzusetzen. Da habe Herr Dr. Mauthe wohl recht, denn ohne diese genaue persönliche Kenntnis sei es schlechterdings unmöglich, den Interessen der so durchaus differenziert aufgebauten württembergischen Industrie Geltung zu verschaffen.

Ihm sei häufig die Meinung entgegengetreten, als ob es in die Hand des Wirtschaftsministers gelegt sei, mit einem Druck auf die Taste die Wirtschaft anzukurbeln, Handel und Wandel zu beleben, den Fabriken wieder Arbeit, den Arbeitslosen wieder Brot zu geben. Gewiß seien diese Dinge das Ziel jedes staatlichen wirtschaftsfördernden Wirkens; allein dem Umfang der staatlichen Einflußmöglichkeiten seien in dieser Richtung leider enge Grenzen gezogen. Um so mehr aber müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um im Rahmen des möglichen das Beste zu erreichen. Zu diesen Mitteln gehöre nach seiner Ansicht eine vielfältige Kleinarbeit, ein Sicheinleben und Einfühlen in die Belange der verschiedenartigsten Wirtschaftszweige und Berufskreise und ein zähes Vertreten dieser Belange bei der Gesetzgebungs- und Verwaltungsarbeit des Landes und des Reiches. Dieser Kampf sei von staatlicher Seite aus nicht möglich ohne einen gewissen Interessenausgleich.

Die Wirtschaftspolitik der Gegenwart stehe unter dem Zeichen des Schutzes der deutschen Landwirtschaft. Die Erkenntnis von der volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Bedeutung der deutschen Landwirtschaft sei in einem Ausmaße Gemeingut des deutschen Volkes geworden, daß die bisherigen außerordentlichen Hilfsmaßnahmen als Selbstverständlichkeit aufgenommen worden seien, als Selbstverständlichkeit bei der deutschen Industrie und ihren Angehörigen, die sich der unter Umständen gefährlichen Rückwirkungen auf ihre ausländischen Absatzmärkte wohl bewußt sei, als Selbstverständlichkeit bei den deutschen Konsumenten, welche die Verhinderung der Preisherabsetzung notwendiger Nahrungsmittel willig in Kauf nähmen. Aber gerade in einer Industriestadt wie Schwenningen müsse auf die verbindlichen Erklärungen der neuen Reichsregierung hingewiesen werden, daß auch im Hinblick auf die neuen agrarpolitischen Beschlüsse an der bisherigen Richtung der deutschen Handelspolitik unverrückbar festgehalten wird. Das Gewerbe ist auf eine zahlungsfähige Landwirtschaft, aber ebenso der Landwirt auf eine zahlungsfähige Verbraucherschaft angewiesen. Eine Agrarpolitik, welche die Grundlage der deutschen Gesamtproduktion angreifen würde,